

## **Windflächengeschacher gegen alle Vernunft**

*Das Gezerre um mehr Windkraftflächen lässt die Koalitionsverhandlungen zu einem Lobbyistentheater verkommen*

Das neue Habeck'sche Wind-an-Land-Gesetz soll nach Wunsch des Bundesenergieministers möglichst kleinteilig regeln, wieviel Fläche bis zu welchem Zeitpunkt jedes einzelne Bundesland für Windkraftanlagen zur Verfügung stellen soll.

Schleswig-Holstein hat mit der Ende 2020 abgeschlossenen Regionalplanung und ausgewiesenen Windflächen von 2,03 % der Landesfläche das von Robert Habeck diktierte Flächenziel erreicht, mit den auf weiteren 0,6 % der Landesfläche stehenden Altanlagen außerhalb der ausgewiesenen Vorranggebiete wäre das Bundesziel weit übererfüllt. Schleswig-Holstein hat mit allen bereits genehmigten Windkraftanlagen bereits 3 mal so viel Windkraftleistung installiert, als es entsprechend seines Flächenanteils am Bundesgebiet eigentlich müsste.

Die nach jahrelangem, hoch konfliktbehafteten Regionalplanungsprozess erreichte halbwegs befriedete Situation soll nun auf Wunsch von Staatssekretär Goldschmidt und BWE wieder aufgebrochen werden.

„Die Forderung des grünen Staatssekretärs Goldschmidt im Verein mit dem BWE, trotzdem weitere Flächen auf Kosten von Natur-, Arten- und Anwohnerschutz auszuweisen mit der Begründung, man müsse einen „Fadenriss“ für die Windbranche verhindern, zeigt ganz offensichtlich die eigentliche Intention.“, sagt Dr. Susanne Kirchhof, Vorsitzende von Vernunftkraft Schleswig-Holstein. „Die Windbranche soll mit weiteren Flächen bedient werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob denn der „Fadenriss“ für die Branche weniger schlimm wäre, wenn 3, 4 oder 10 % der Landesfläche mit Windkraftanlagen bebaut wären. Wann ist Schluss?“

Vernunftkraft Schleswig-Holstein stellt fest, dass schon auf den derzeitigen Flächen die Konflikte mit dem Arten- und Anwohnerschutz zu zahlreichen Abregelungen der Anlagen führen. Auch dass es ebenso bis heute nicht gelungen ist, Erzeugungsleistung und nachgelagerte notwendige Infrastruktur (Netz und Speicher) zu synchronisieren, um eine sinnvolle Nutzung des volatilen Windstroms überhaupt erst möglich zu machen.

„Jede weitere Windkraftanlage in Schleswig-Holstein zerstört Lebensräume, trägt aber zu dem Ziel, eine sichere, bezahlbare, ökologische und von anderen nicht-demokratischen Staaten unabhängige Energieversorgung zu sichern, nichts bei.“, so die erste Vorsitzende.

Der Landesverband fordert die neue Schleswig-Holsteinische Landesregierung auf, die Interessen des Landes auch in Hinblick auf die selbstgesteckten und dringend notwendigen Ziele beim Artenschutz, dem Schutz der Biodiversität, dem Schutz der gleichwertigen Bedingungen in Stadt und Land und der sozialen Gerechtigkeit nicht für die Interessen einer einzigen Wirtschaftsbranche über Bord zu werfen.